

Dringliche Interpellation Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil/Rudolf Friedli, SVP): Transparente Beschlüsse im Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik!

Im Westen der Gemeinde Bern besitzt die Stadt Bern grosse Flächen Land, die heute von Landwirten bewirtschaftet werden.

Bis vor kurzem wurden die Landwirte in der Gemeinde Bern als Verhandlungspartner ernst genommen und auch als gleichwertige Partner behandelt. Leider hat sich diese Praxis drastisch verändert.

Mit der neuen Landpolitik wiegelt der Gemeinderat die Landwirte gegeneinander auf. Neuerdings werden die Pächter auf stadteigenen Landwirtschaftsbetrieben bevorzugt behandelt.

Vielen Landwirtschaftsbetrieben wurden Parzellen im städtischen Besitze gekündigt mit der Begründung zur längerfristigen Sicherung der stadteigenen Betriebe. Mit dieser Massnahme wird sehr viel Unfrieden und Missgunst erzeugt. Mit der neuen Strategie profitieren die Stadtpächter, die die besten Lobbyisten für ihre eigene Sache sind, am meisten auf Kosten der anderen.

Mit der Liberalisierung der Landwirtschaftspolitik findet heute, ohne zusätzliche Eingriff der Stadt, eine rasante Strukturbereinigung in der Landwirtschaft statt. In den nächsten 10 Jahren werden einige Landwirtschaftsbetriebe im Westen von Bern aufgegeben werden, weil ein Nachfolger fehlt oder aus finanziellen Gründen.

Zudem wird bei neuen Projekten wie Strassenbau, Schulwegsicherung usw. keinen Realersatz für den benötigten Boden den Landeigentümern mehr gewährt. Doch die städtische Preisofferte für den m² wird so tief angesetzt, dass die Landbesitzer mit der Stadt nicht mehr einig werden. Der Gemeinderat hat im Falle der Schulwegsicherung Oberbottigen ein sehr teures Enteignungsverfahren eingeleitet, das einige der betroffenen Landbesitzer bis vors Bundesgericht ziehen werden.

Mit dieser unverständlichen Massnahme wird der dringend benötigte, sichere Schulweg für die Kinder vom Schulkreis Oberbottigen auf Jahre hinaus verzögert.

Das neue, unverständliche Auftreten des Gemeinderates in Sachen Landpolitik im Westen von Bern wird immer wieder damit begründet, dass der Fonds für Boden und Wohnbaupolitik diese Strategie mit einem Beschluss festgelegt habe.

Doch niemand, weder die betroffenen Landwirte noch der Leis Oberbottigen, bekommt Einsicht in dieses Dokument.

Politisch und juristisch nicht tragbar ist die Tatsache, dass sogar den BAK-Mitgliedern die Einsicht in dieses Dokument bis jetzt verwehrt wurde.

Aus dieser Situation ergeben sich folgende Fragen:

1. Was führt die Stadt dazu, sich in die Strukturbereinigung der Landwirtschaftsbetriebe einzuschalten?
2. Wie kann ein Landwirt, dem städtisches Pachtland entzogen wird, weiter im wichtigen ökologischen Vernetzungsprojekt mitmachen, weil ihm die benötigte Fläche fehlt?
3. Wie rechtfertigt der Gemeinderat die Bevorzugung der Pächter auf städtischen Betrieben, wenn in den nächsten 10 Jahren etliche Betriebe mangels Nachfolge oder aus finanziellen Gründen aufgegeben werden und deshalb alle Pächter die Möglichkeit haben werden, neues Pachtland zu erhalten?
4. Weshalb weigert sich die Stadt beim Erstellen von Land für öffentliche Projekte, die benötigten Flächen mit Realersatz zu entgelten?

5. Weshalb wird den Landeigentümern beim Schulwegprojekt Oberbottigen ein minimaler Preis pro m² offeriert? Umgekehrt würde die Stadt ihr Landwirtschaftsland nie zu diesem tiefen Preis an Nichtlandwirte verkaufen!
6. Weshalb verweigert der Gemeinderat zu Unrecht die Einsicht in den vielzitierten Beschluss des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik über die Landwirtschaftsstrategie?
7. Warum wird sogar den BAK-Mitgliedern keine Einsicht ins städtische Dossier betreffend Landwirtschaftspolitik gewährt?

Begründung der Dringlichkeit:

Der Unmut der Bevölkerung ist bereits derart gross. Es besteht Gefahr, dass eine rasante Strukturbereinigung stattfindet, die möglichst rasch gestoppt werden muss. Die Missstände bestehen schonlange!

Bern, 1. Juni 2006

Dringliche Interpellation Fraktion SVP/JSVP (Thomas Weil, Rudolf Friedli, SVP), Simon Glauser, Ueli Jaisli, Rudolf Friedli, Erich J. Hess, Peter Bühler, Peter Bernasconi, Stefan Bärtschi

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.